



HINTERGRUND

D

2012

Piratenfischerei

Was ist Piratenfischerei?

Piraten – so nennt der Volksmund die „Freibeuter der Meere“, die ohne Rücksicht auf Verluste Raubzüge auf See unternehmen. Ungefähr so verhält es sich mit der Piraten in der Fischerei: Auf allen Meeren rund um den Erdball bedroht ihre illegale, unregulierte und undokumentierte (IUU) Fischerei heute die Fischbestände.

Illegal heißt, diese Fischer fischen ohne Lizenz, manchmal sogar ganz ohne Namen und Nationalität, halten sich nicht an die Quoten oder wildern in gesperrten Gebieten.

Unreguliert bedeutet, das Fanggerät (z.B. engere Maschenweite der Netze) und die Fangmethode der Piraten (Gift oder Dynamit) entsprechen nicht den Regeln, wie sie in dieser Region existieren.

Undokumentiert schließlich bezieht, dass die Fänge der Piratenfische in keiner Statistik auftauchen. Dazu sind „legale“ Fischer aber verpflichtet und nur so sind einerseits Kontrollen möglich und können andererseits bessere Managementmaßnahmen für die Fischbestände entwickelt werden. Die FAO schätzt, dass weltweit rund 30 Prozent der Fischfänge illegal getätigt werden, Tendenz steigend. Besonders häufig kommen in der IUU Fischerei Schiffe zum Einsatz, deren Heimatländer (die Flaggenstaaten) die internationalen Fischereiabkommen nicht unterzeichnen. Dazu zählen neben Panama, Belize oder Honduras auch EU-Staaten wie Malta, Zypern und die Slowakei – so genannte Billigflaggen oder „flags of convenience“. Die Internationale Transportarbeiter Föderation (ITF) hat insgesamt 32 Länder in einer Liste der Billigflaggen zusammengefasst. Diese Staaten ignorieren neben den international vereinbarten Standards für die Schiffssicherheit vor allem die geltenden regionalen und internationalen Umwelt- und Fischereiabkommen.

Wer fischt wo illegal?

Illegale Fischerei hat es immer und überall und vor allem in den besonders lukrativen Fischereien gegeben, wie beispielsweise Schwertfisch, Tunfisch oder Schwarzer Seehecht. Besonders häufig kommt IUU Fischerei dort vor, wo die Wahrscheinlichkeit niedrig ist, verfolgt zu werden und der betreffende Küstenstaat nicht über die finanziellen Ressourcen verfügt, um die eigenen Hoheitsgewässer zu überwachen. Die meisten illegalen Fischfangaktivitäten passieren innerhalb der 200-Seemeilen-Zone (der Ausschließlichen Wirtschaftszone, AWZ) oder sogar innerhalb der Küstenstreifen.

Im Jahr 2006 wurde mehr als jedes zehnte Schiff der europäischen Flotte wegen eines schweren Regelverstoßes auffällig. Nur vier Länder (Frankreich, Spanien, Portugal und Italien) waren für 83 Prozent dieser Verstöße verantwortlich. Lediglich in zehn Prozent der Fälle erfolgte ein Lizenzentzug. Die Strafen für die Fischindustrie beliefen sich auf lediglich 9,28 Millionen Euro und trafen nur 0,04 Prozent der aktiven Fischereifahrzeuge in der EU.

Wer profitiert vom illegalen Fischfang?

Die meisten illegalen Aktivitäten werden zwar von Fischern ausgeübt, die sich von den Verlockungen kurzfristiger Gewinne leiten lassen. Viel mehr kriminelle Energie findet sich aber noch auf anderen Ebenen: Unzählige Reeder haben sich infolge der Globalisierung und der damit verbundenen Liberalisierung der Märkte entschlossen, ihre Schiffe, ohne Änderung der Besitzverhältnisse, im Ausland zuzulassen.

Indem die Fischer sich und ihr Schiff der Gerichtsbarkeit des (neuen) Flaggenstaates unterstellen, - entziehen sie sich den Zwängen ihres Heimatlandes,

- sparen sie Steuern und Sozialkosten, weil in den gewählten Flaggenstaaten weniger strenge Auflagen für die Schiffssicherheit gelten und Billiglöhne erlaubt sind,
- haben sie freien Zugang zu den Ressourcen,
- umgehen sie Kontrollen,
- können sie unentdeckt ihre teilweise unerlaubten Fangmethoden anwenden (wie Gift oder Dynamit) und
- erfahren sie so deutliche Wettbewerbsvorteile.

Meistens entkommen die Piratenfischer, indem sie ihren **Fang schnell auf andere Schiffe umladen** und unerkannt das Fanggebiet wieder verlassen.

Ökonomische und andere Folgen

Da die erzielten Gewinne die Investitionen um ein Vielfaches übersteigen, scheint sich Piratenfischerei zu lohnen. Schätzungen zufolge erzielen die Verkäufe des illegal gefischten Fisch weltweit zwischen 10 und 23,5 Milliarden Dollar jährlich. Dies entspricht einer Fangmenge von 11 bis 26 Millionen Tonnen Fisch pro Jahr. Noch im Jahr 2007 (vor dem Inkrafttreten der EU-Verordnung gegen illegale Fischerei) wurden schätzungsweise 500.000 Tonnen illegal gefangener Fisch mit einem Wert von etwa 1,1 Milliarden Euro in die EU importiert (EU Kommission 2007).

Es gibt jedoch bislang keine Daten, die das tatsächliche Ausmaß oder die Kosten der weltweiten IUU Fischerei erfassen, denn es liegt in der Natur dieser Fischerei, dass sie sich nicht verlässlich abschätzen lässt. In einigen Regionalen Fischerei Management-Organisationen (RFMOs) wird angenommen, dass die tatsächlich entnommene Menge Fisch die erlaubte Höchstmenge um bis zu 300 Prozent überschreitet (FAO 2003).

Für den Kabeljau gingen die Wissenschaftler des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) davon aus, dass seit 2002 allein in den nordostarktischen Gewässern 90.000 bis 115.000 Tonnen Kabeljau pro Jahr unregistriert entnommen wurden. Für die Barentssee wurden ebenfalls rund 100.000 Tonnen oder 20 Prozent unregistrierte Anlandungen pro Jahr geschätzt. Für das Jahr 2006 nahm der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) eine 45-prozentige Quotenüberschreitung beim Ostseedorsch durch Polen an (ICES 2006).

Grundsätzlich führen die unerkannten und millionenschweren Fangerträge der Piratenfischer dazu, dass wissenschaftliche Schätzungen über die Bestandsgrößen ungenauer und ein gutes Bestands- und Ökosystemmanagement unmöglich werden. Häufig gründen die Schätzungen zur Größe einer Fischpopulation auf den Fangdaten der vergangenen Jahre – die undokumentierten Entnahmen fließen nicht mit ein in diese wichtigen Berechnungen und auch Schäden durch Beifang und Lebensraumzerstörung bleiben unerkannt.

Wer ist geschädigt?

Auf der FAO-Konferenz zur Situation im Kampf gegen IUU Fischerei im Jahr 2003 berichtete ein Drittel der Staaten, dass die illegale Fischerei sie daran hindere, den FAO Kodex für eine verantwortungsvolle Fischerei umzusetzen (FAO 2003).

Ein weiterer, moralischer Gesichtspunkt betrifft den Beitrag der IUU Fischerei zur Nahrungsmittelversorgung in einigen Küstenstaaten. Hier kommt es dann zu Schwierigkeiten, wenn die Menschen dort auf Fisch als zentralem Nahrungsmittel und vom Fischereielexport abhängig sind. Vor allem für Länder der südlichen Hemisphäre stellt die mafiaähnliche IUU Fischerei eine bittere Realität dar. Die Vereinten Nationen schätzen, dass Länder wie Somalia durch die Piraten vor der Küste jährlich um rund 300 Millionen US-Dollar gebracht werden. Das Problem wächst ständig weiter und die Piratenfischer fischen auch auf Kosten der Kleinfischer vor Ort. Die illegale Fischerei setzt jedes Kontrollsystem außer Kraft, darüber hinaus trägt sie in erheblichem Maße zur weltweiten Überfischung bei.

Beispiel: Thunfisch

Eine weltweit beliebte Beute der Piratenfischer ist der Thunfisch. Der Rote Thunfisch (auch: Blauflossenthunfisch) beispielsweise ist in Japans für Sushi hoch begehrt und erzielt Rekordpreise. Die Versuchung ist daher besonders groß, ihn illegal zu fangen. Nach einer Studie des WWF wird heute jeder dritte Tunfisch aus dem Mittelmeer illegal gefangen – von Schiffen der EU-Flotte. An Bord sofort verarbeitet, wird der Tunfisch als Tiefkühlware direkt an die Importländer geliefert (WWF 2006). Zwischen 1998 und 2007 wurden mit dem illegalen Fang dieser Art weltweit etwa 4 Milliarden US-Dollar erzielt. Im Mittelmeer und Ostatlantik macht der Thunfischfang insgesamt etwa 40 Prozent des illegalen Fischfanges aus. Pro Jahr könnten schätzungsweise 580 Millionen US-Dollar durch illegalen Thunfischfang verdient werden.

Wo liegen die Ursachen?

Das Auftreten der IUU Fischerei ist symptomatisch für eine Reihe anderer Probleme auf dem Fischereisektor. Dazu gehören:

- ein ineffektives Fischerei-Management ohne ausreichende Kontrollen,
- übermäßig große Fischereikapazitäten in vielen Fischereien sowie
- das Aus- und Umflaggen von Schiffen aus sicher gemanagten in nicht ausreichend oder ganz unregulierte Fischereien.

Zudem können die Fischer statt mit strafrechtlicher Verfolgung mit wirtschaftlich lukrativen Umsätzen rechnen. Weitere Probleme sind Teil der IUU Fischereipraxis: Zu wenig Fisch wird als gefangen vermeldet und es kommen verbotene Fischereitechniken zum Einsatz.

Die Aktivitäten der IUU Fischer stehen den nationalen und regionalen Bemühungen um Managementmaßnahmen für eine nachhaltige Fischerei grundsätzlich direkt entgegen. Für die Fischbestände wird die Lage dadurch noch bedrohlicher, denn schon die offiziellen Zahlen beschreiben heute 87 Prozent aller Fischbestände als voll genutzt oder überfischt.

Bestehende und mögliche Maßnahmen gegen IUU Fischerei

Weltweit schädigt die IUU Fischerei die Ökosysteme sowie die sozialen und wirtschaftlichen Gefüge. Um diese Fischereipraxis zu bekämpfen, braucht es vor allem politischen Willen. Der Fischereiausschuss der FAO hat bereits im Jahr 2001 einen Internationalen Aktionsplan (IPOA) zur Verhinderung, Bekämpfung und Beseitigung des illegalen, undokumentierten und unregulierten Fischfangs verabschiedet. Der Plan, an dessen Ausarbeitung auch der WWF beteiligt war, ist freiwillig und richtet sich an alle Staaten und Einrichtungen sowie an alle Fischer. Er fordert von den Staaten, bestehende internationale Abkommen mit Relevanz für die Fischerei zu unterzeichnen und neben deren Umsetzung auch ein zivilrechtliches Sanktionssystem zu installieren. Zur lückenlosen Kontrolle der Fischerei innerhalb ihrer AWZ und zur Kooperation werden die Unterzeichner ebenfalls aufgerufen.

Die Europäische Gemeinschaft hat im Jahr 2002 eine eigene Gesetzesinitiative zur Bekämpfung der illegalen Fischerei auf den Weg gebracht. Die so genannte „IUU-Verordnung“ ist seit 2007 in Kraft und soll vor allem den Import illegaler Ware nach Europa unterbinden. Doch immer gelangt illegal gefangener Fisch auf den europäischen Markt. Für den Verbraucher ist nicht erkennbar, aus welchen Fischereien die angebotenen Produkte stammen. Diese Transparenz kann der Fischhandel herstellen, in dem er seine Lieferkette durchleuchtet und dem Konsumenten die „gute Wahl“ ermöglicht.

WWF-Forderungen

Die EU muss

- die eigene Verordnung zur Bekämpfung der IUU Fischerei wirkungsvoll umsetzen,
- ihre Häfen für IUU Schiffe sperren,
- eine öffentlich zugängliche Schwarze Liste für IUU Schiffe unterstützen – und damit in Zukunft die Regelbrecher von Subventionszahlungen ausschließen,
- Anreize schaffen, die das Ausflaggen unterbinden,
- ein sicheres System der Rückverfolgung von Fisch und Fischprodukten unterstützen.

WWF –Forderungen an die EU-Fischereireform:

- Beendigung der Überfischung, indem nach besten wissenschaftlichen Erkenntnissen nur so viel gefischt wird, wie nachwächst.
- Vermeidung von Beifang schon beim Fang durch bessere Techniken und genauere Planung, was, wann, wie und wo gefischt wird.
- Schutz der Lebensräume durch bodenschonende Fanggeräte
- Wirkungsvolle Maßnahmen zum Abbau der Flottenkapazität, um die Kosten der Fischereien und den Druck auf die Fischbestände zu senken und gleichzeitig die immer geringer werdende Zahl der Arbeitsplätze in der Fischerei langfristig zu sichern.
- Mehrjahrespläne, die gemeinsam mit Vertretern aus Fischerei, Umwelt- und Naturschutz, Wissenschaft und Politik für jede Fischerei in der EU erstellt werden. Für jeden dieser Pläne sollen Kapazitätsanalysen erstellt und wirkungsvolle Maßnahmen zur Vermeidung von Rückwürfen und Beifang vereinbart werden.
- Die neuen EU Fischereiregeln müssen nicht nur innerhalb der EU gelten, sondern auch für alle Fangschiffe unter EU-Flagge, die außerhalb europäischer Gewässer fischen, umgesetzt werden. Dies gilt auch für EU Fischerei-Partnerschaftsabkommen und Joint Ventures
- EU muss Verantwortung für Monitoring und Kontrolle der bilateralen und internationalen Vereinbarungen übernehmen und gewährleisten, dass die Abkommen eingehalten werden.
- S-AIS auf allen Europäischen Fischereischiffe und jenen, die in der EU Fisch anlanden oder dorthin importieren.

Ansprechpartnerin:

Karoline Schacht
EU-Fischereipolitik
WWF Deutschland
Mönckebergstraße 27
20095 Hamburg
Direkt: +49 (40) 530 200-327
karoline.schacht@wwf.de